

verfügbar unter: <https://voxeu.org/article/mercosur-not-really-free-trade-agreement-let-alone-customs-union>, aufgerufen am 4. Dezember 2019.

Cascione, S. (2017), »Mercosur suspends Venezuela, urges immediate transition«, *Reuters*, 5. August, verfügbar unter: <https://www.reuters.com/article/us-venezuela-politics-mercosur/mercosur-suspends-venezuela-urges-immediate-transition-idUSKBN1AL0IB>, aufgerufen am 4. Dezember 2019.

EU-Kommission (2019), »EU and Mercosur reach agreement on trade«, 28. Juni, verfügbar unter: <https://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=2039>, aufgerufen am 4. Dezember 2019.

Fouquet, H. und S. Preissler Iglesias (2019), »Macron Opposes Mercosur Trade, Saying Brazil 'Lied' on Climate«, *Bloomberg*, 23. August, verfügbar unter: <https://www.bloomberg.com/news/articles/2019-08-23/macron-pulls-support-for-mercosur-trade-deal-over-brazil-fight>, aufgerufen am 4. Dezember 2019.

Vereinte Nationen (2019), »'Everyone needs to do more' to help suffering Venezuelans, says UN Emergency Relief Coordinator«, *UN news*, 6. November, verfügbar unter: <https://news.un.org/en/story/2019/11/1050791>, aufgerufen am 3. Dezember 2019.

Barbara Fritz*

Nach dem »Moment der Gleichheit«: Drei Thesen zur Krise Lateinamerikas

Noch vor wenigen Jahren erschien Lateinamerika als ein »Licht in der Dunkelheit« (Therborn 2015). Der Subkontinent war die einzige Region der Welt, der es gelang, Wachstum mit Umverteilung zu verbinden, während im Rest der Welt, von den USA über Europa bis nach China, die Einkommenskonzentration stetig zunahm. Davon ist heute wenig übriggeblieben. Seit Jahren stagniert das Wachstum, die Verteilung hat sich in Ländern wie Brasilien sogar wieder verschlechtert. Was ist seitdem schiefgelaufen? Im Folgenden stelle ich drei Hypothesen vor, die zusammen genommen einen Erklärungsversuch liefern – und welche Anforderungen sich dafür nicht nur für die Wirtschaftspolitik in der Region, sondern auch an die internationale Staatengemeinschaft ergeben.

MAKROÖKONOMISCHER POPULISMUS TAUGT KAUM ALS ERKLÄRUNG

Lateinamerika bringt es seit 2014 auf durchschnittliche Wachstumsraten von weniger als 1%. Damit liegt der Kontinent nicht nur weit unter den Wachstumsraten der asiatischen Schwellenländer, sondern sogar auch der Industrieländer in dieser Zeit. Dabei war dies im Jahrzehnt zuvor noch ganz anders: Zwischen 2004 und 2013 sind die lateinamerikanischen Ökonomien im Schnitt um 4% jährlich gewachsen. Für dieses Jahr hat der IWF seine Wachstumserwartungen auf 0,2% herabgesetzt (vgl. IMF 2019). Gleichzeitig toben in den meisten Ländern derzeit erbitterte Konflikte. Die gewaltsamen Auseinandersetzungen in Chile, Bolivien, Ecuador und Kolumbien haben es in den vergangenen Wochen bis in die Tagesschau geschafft. In Chile hat dies schon zu einem Einbruch der Börsenpreise und der Konjunktur geführt.

Gilt für Lateinamerika also erneut die Standardinterpretation, wie sie prominent von Dornbusch und Edwards geprägt wurde, dass die Region in einem Rückfall in den Populismus wieder einmal über ihre Verhältnisse gelebt hat und jetzt den Preis bezahlt?

»Macroeconomic populism is an approach to economics that emphasizes growth and income distribution and deemphasizes the risks of inflation and deficit finance, external constraints and the reaction of economic agents to aggressive non-market policies« (Dornbusch und Edwards 1990, S. 247).



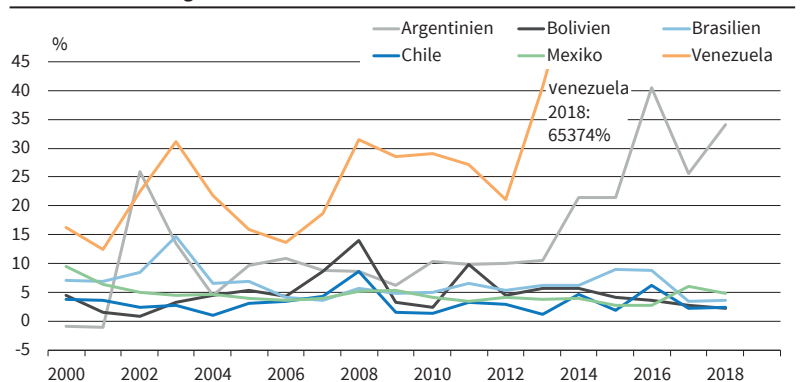
Barbara Fritz

* Prof. Dr. Barbara Fritz ist Professorin für Ökonomie Lateinamerikas an der Freien Universität Berlin; Barbara.fritz@fu-berlin.de.

Diese Erklärung trifft auf ein Land der Region ohne jeden Zweifel zu: Venezuela. Eine aggressive Politik der Verstaatlichung und Preisregulierung seit Mitte der 2000er Jahre, zusammen mit der massiven Umverteilung der staatlichen Erdöleinnahmen, hat zu galoppierender Inflation und massiven Zahlungsbilanzproblemen geführt. Inzwischen kann das Land nicht einmal mehr das Lebensnotwendigste einführen. Geschätzt 5 Millionen Venezolaner haben in den letzten Jahren das Land verlassen. Doch jenseits von Venezuela?

Nehmen wir dagegen Argentinien, das Land, das derzeit an trauriger zweiter Stelle steht, was Inflation, und Verschuldung angeht. Hier hat es die unternehmernahe Regierung Macri geschafft, das Land in Rekordzeit zum zweiten *default* in diesem Jahrhundert zu führen, nachdem sie das Land zwar mit Inflation, aber fast schuldenfrei von seiner gerne als populistisch bezeichneten Vorgängerregierung übernommen hatte. Seit drei Jahren befindet sich die Ökonomie in tiefer Krise, die Inflation ist auf inzwischen mehr als 60% im Jahr angestiegen. Der Kredit des IWF im letzten Jahr, mit 57 Milliarden der höchste, den der Fonds je vergeben hat, scheint die Lage nur verschlechtert zu haben, indem er die Flucht aus der heimischen Währung befeuerte. Böse Zungen behaupten, die Immobiliendeal-Freundschaft Trumps mit dem Präsidenten Macri habe hier den Ausschlag gegeben. Die neue Linksregierung, die gerade das Amt antritt, wird als erstes Umschuldungsverhandlungen einleiten. Es bleibt ihr gar nichts anderes übrig. Die Erklärung? Sicherlich nicht populistische Politik, sondern eher eine unglückliche Kombination von Öffnung für den internationalen Kapitalverkehr, harter Geldpolitik und einer Fiskalpolitik, die versuchte, die Reduzierung des

Abb. 2
Inflationsraten ausgewählter Länder Lateinamerikas



Quelle: CEPAL.

© ifo Institut

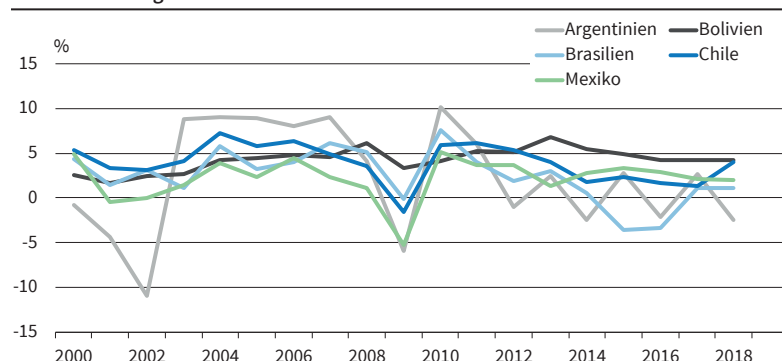
öffentlichen Defizits graduell anzugehen. Kaum stiegen die US-Zinsen leicht an im vergangenen Jahr, wurde massiv Kapital abgezogen, und die Krisenspirale setzte ein (vgl. Rogoff 2019; Rapetti 2019).

Auch der Fall Boliviens zeigt, dass die These vom ewigen ökonomischen Populismus in Lateinamerika nur wenig taugt. Hier ist, nach versuchtem Wahlbetrug und wochenlangen Straßenprotesten, unter verworrenen Umständen der links-populistische Präsident Morales zurückgetreten und hat das Land verlassen. Aber er hinterlässt nach 14 Jahren Amtszeit eine solide ökonomische Lage: Noch nie in seiner Geschichte hat das Land eine solch ausgeprägte Phase des Wachstums erlebt, bei gleichzeitigen Exportüberschüssen. Selbst die öffentlichen Finanzen haben sich erst ganz zum Schluss und auch nur leicht verschlechtert. Populistische Wirtschaftspolitik im klassischen Sinne? Fehlangeige.

DER KATER NACH DEM »SUPERZYKLUS«: ABHÄNGIGER VON ROHSTOFFPREISEN UND INTERNATIONALEM KAPITAL ALS ZUVOR

Was den Ländern jedoch gemeinsam ist, ist die Verschlechterung der globalen Rahmenbedingungen seit dem Ende des sogenannten Superbooms der Rohstoffpreise. Das hohe Wachstum der Region zwischen 2004 und 2013 fällt ziemlich exakt mit dem Boom der Rohstoffpreise zusammen, der die terms of trade massiv verbesserte (vgl. Abb. 3). Der Rohstoffhunger Chinas hat inzwischen dazu geführt, dass, mit Ausnahme Mexikos und der kleinen zentralamerikanischen Länder, die USA als Haupthandelspartner der Region weit abgeschlagen sind. Doch nicht nur als zentraler Abnehmer von Rohstoffen und Lieferant von Fertiggütern aller

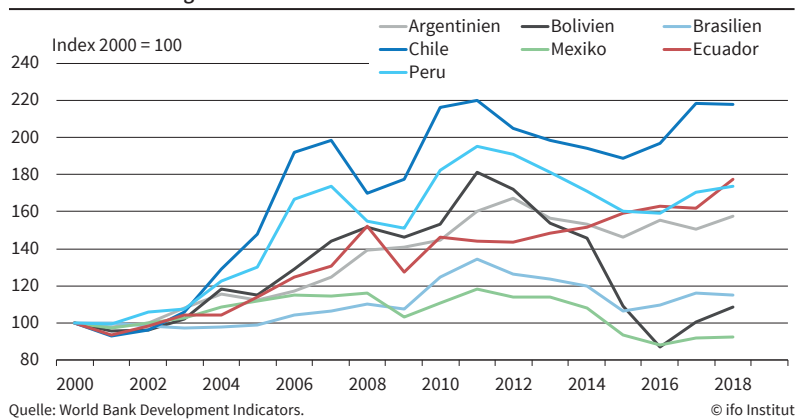
Abb. 1
Wachstum^a ausgewählter Länder Lateinamerikas



^a Jährliche Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts.
Quelle: World Bank Development Indicators.

© ifo Institut

Abb. 3

Terms of Trade ausgewählter Länder Lateinamerikas

Art, sondern auch als Investor wird China in der Region immer wichtiger; entsprechend hängt die Region vom Wachstum dieses einen Landes ab.

Diese – zumindest geografisch neue – Abhängigkeit paart sich mit der Abhängigkeit von Kapitalimporten, die sich mit der weitgehenden finanziellen Öffnung der Region noch weiter vertieft hat. So waren die Länder von einem doppelten externen Schock getroffen, als das Ende der hohen Rohstoffpreise zeitlich mit dem Auslaufen des *quantitative easing* der US-amerikanischen Zentralbank zusammenfiel und global alle *emerging markets* einen Rückgang der Kapitalzuflüsse zu verzeichnen hatten.

Frappierend ist dabei, dass die Region im Kontext dieses Superbooms eine sogenannte *re-commodification* erlebte. Der Anteil von Rohstoffexporten nahm selbst in Ländern mit vergleichbar hohem Industrialisierungsgrad wie Brasilien zu, das noch vor dem Boom einen Handelsbilanzüberschuss in verarbeiteten Gütern aufzuweisen hatte. Inzwischen haben auch in diesem großen Schwellenland Soja und Eisenerze verarbeitete Exportgüter verdrängt. Dies hängt auch mit der Aufwertung der Wechselkurse in der Region zusammen, die der hohen Welle von Kapitalzuflüssen während der langen globalen Niedrigzinsphase zuzuschreiben sind und die gerade in Brasilien, dem mit Abstand größten Land der Region, besonders markant ausfiel. Brasilien versuchte zwar zeitweise, mit Kapitalverkehrskontrollen die Aufwertung zu bremsen. Insgesamt jedoch nahmen jedoch nicht nur marktorientierte Regierungen die Aufwertung billigend in Kauf, als Ausweis des Erfolgs ihrer Wirtschaftspolitik, sondern gerade auch die Staaten, in denen die Umverteilung von Einkommen hoch auf der Agenda stand. Denn damit konnten sie zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Die Inflation wurde so gedämpft und gleichzeitig die Kaufkraft auch der ärmeren Bevölkerung gestützt, die damit billige chinesische Konsumartikel kaufen konnte (vgl. Prates et al. 2020). Mittelfristig ging dies allerdings auf Kosten der Wettbewerbsfähigkeit und der makroökonomischen Konsistenz.

Im Umfeld einer abkühlenden globalen Konjunktur konnte die Währungsabwertung nach dem Boom die Wettbewerbsfähigkeit der Industrien der großen lateinamerikanischen Länder nicht wiederherstellen, so dass die Region heute mehr denn je in ihrem historisch verfestigten Muster eines volatilen Wachstums verfangen ist, das dem globalen Trend von Rohstoffpreisen und globalen finanziellen Zyklen folgt.

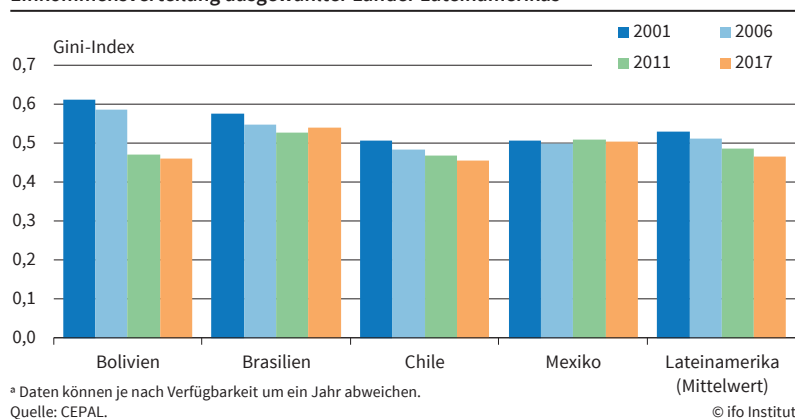
ZWISCHEN VERLUSTÄNGSTEN UND AUFSTIEG-ERWARTUNGEN: UNGLEICH WAR LATEINAMERIKA SCHON IMMER – GERADE IHRE REDUZIERUNG LÖST JETZT KONFLIKTE AUS

In den Schlagzeilen ist Lateinamerika derzeit jedoch nicht wegen seines schlechten Wachstums. Vielmehr werden in verschiedenen Ländern derzeit erbitterte Konflikte verschiedenster Art ausgetragen. Auf den ersten Blick sind diese kaum auf einen Nenner zu bringen; was sie jedoch eint, sind Konflikte und Pendelbewegungen, die rund um die Umverteilungsprozesse während des vergangenen Superbooms stattfanden (vgl. Fritz und Lavinias 2015).

Aus Lateinamerika der jüngsten Zeit kann man lernen, dass nicht nur Armut und Ungleichheit an sich Konflikte hervorrufen. Vielmehr erzeugt gerade in Gesellschaften, die durch eine Jahrhunderte lange Geschichte verfestigter Ungleichheiten geprägt sind, der Beginn von Umverteilung hohe Erwartungen auf der einen Seite und Verlustängste und Widerstände auf der anderen. Denn in Lateinamerika haben sich die Gini-Werte zwar verbessert; aber noch immer liegen diese dramatisch weit über dem OECD-Durchschnitt.

Einen Schlüssel zum Verständnis vermag hier ein Ansatz aus der internationalen politischen Ökonomie von Acemoglu und Robinson zu liefern. Diese arbeiten die zentrale Bedeutung von Institutionen der Verteilung heraus, die sich in den damaligen Kolonien Europas durch die Konzentration von ökonomischer und politischer Macht und deren wechselseitiger Verstärkung gebildet haben. Dabei unterscheiden die Autoren zwischen inklusiven Institutionen, die allen Mitgliedern der Gesellschaft die Möglichkeit der Teilhabe an politischen und ökonomischen Prozessen liefert, und extraktiven Institutionen, die es einer kleinen Elite erlauben, sich Einkommen und Vermögen der Mehrheit der Gesellschaft anzueignen und diese zu perpetuieren (vgl. Acemoglu und Robinson 2012). Die bemerkenswerte Persistenz solcher extraktiver Institutionen ist in Lateinamerika daran abzulesen, in welchem Maße Schwarze, als ehemalige Sklaven, und

Abb. 4
Einkommensverteilung ausgewählter Länder Lateinamerikas^a



Indigene, als ehemalige Zwangsarbeiter, immer noch benachteiligt sind, nicht nur was Einkommen, sondern auch Bildung, Zugang zu politischen Institutionen und Landbesitz angeht. Dies bedeutet auch, dass das Rütteln an diesen Institutionen massive Erschütterungen in den Gesellschaften auslöst, die in ganz verschiedene Richtungen gehen können.

Nehmen wir Chile. Das Land hat seit langem ein stabiles Wachstum zu verzeichnen, begleitet von einer moderaten Verbesserung der Einkommensverteilung (vgl. Abb. 4). Die Proteste, die seit Oktober das Land lahmlegen, kamen überraschend, Anlass war eine eigentlich moderate Erhöhung der Preise für den öffentlichen Nachverkehr. Doch die Protestierenden machten schnell klar: Es geht nicht um 30 Cent, sondern um die letzten 30 Jahre. In denen wurde wenig Einkommen und noch weniger Vermögen von oben nach unten verteilt, trotz gut laufender Ökonomie und inzwischen konsolidierter Demokratie; vor allem aber wurden öffentliche Güter wie Bildung, Gesundheit und das Rentensystem privatisiert. Mit der Folge, dass sich auch die Mittelklasse heute mit massiven Schulden aus dem Studium konfrontiert sieht, für die die Gehälter nicht ausreichen, mit Renten aus lebenslanger Arbeit, die längst nicht zum Leben reichen. In Chile geht es also um die Einforderung einer Umverteilung und echten sozialen Aufstiegschancen in einem deutlich breiteren Sinne, als der Gini-Koeffizient das ausdrückt.

Im Falle Boliviens hingegen ist es weniger die unzureichende Umverteilung, die die massiven Proteste hervorgerufen hat; vielmehr war es die Gegenreaktion auf die deutliche Umverteilung hin zu dem indigenen Teil der Gesellschaft, der unter dem links-sozialistischen Präsidenten Morales zum ersten Mal in der Geschichte des Landes deutlich von öffentlichen Politiken profitierte. Dies hat jedoch nicht nur, wie es erwartbar war, die alten Eliten des Landes auf den Plan gerufen. Auch ein wichtiger Teil der Mittelschicht sah seine sozioökonomische Position durch die neue Konkurrenz der indigenen Aufsteiger bedroht. Zudem waren selbst die indigenen Bewegungen, die ursprüngliche soziale Basis von Morales,

den zunehmend autoritären Führungsstil leid. In Ecuador hat sich die Wut der Indigenen Luft gemacht gegen die Beendigung des Umverteilungsexperiments, das in dem dollarierten Land am Ende den IWF zur Hilfe rufen musste, der nichts Besseres wusste, als im Kontext von anhaltender Krise die Treibstoffsubventionen zu streichen – fiskalisch und ökologisch mag dies sinnvoll sein; ohne Ausgleichsmaßnahmen trifft dies Ärmere jedoch überproportional.

In Brasilien hat eine rechtsradikale Regierung die Mehrheit erlangt, indem sie explizit gegen die Umverteilungspolitik der linken Vorgängerregierungen angetreten ist. Diese hatte ein erfolgreiches flächendeckendes Programm zur Armutsbekämpfung eingeführt und den Mindestlohn deutlich erhöht, aber auch Schwarzen und Armen den Zugang zum privilegierten öffentlichen Universitätssystem erleichtert und die indigene Minderheit per Ausweitung ihrer Schutzgebiete gestützt. Brasilien ist möglicherweise der klarste Fall eines von Abstiegsängsten der Mittelschicht getriebenen radikalen Politikwechsels, der seit fünf Jahren wirklich nichts von seinen Wachstumsversprechungen einlösen konnte. Bolsonaro, der derzeitige Präsident Brasiliens, der sich gerne als der »Trump der Tropen« bezeichnen lässt, hat hier nicht nur über eine Rentenreform einen Teil dieser Umverteilung wieder rückgängig gemacht. In den deutschen Medien bekannt ist er auch für seine nationalistischen Antworten auf umweltpolitische Forderungen – und das in dem Land, das mit dem Amazonasgebiet über eines der wichtigsten Ausgleichsgebiete für den globalen CO₂-Ausstoß verfügt. Jüngst twitterte er, das Abbrennen von Tropenwald liege dem Brasilianer in der Natur. Konsequenterweise hat er indigene Schutzgebiete aufgehoben, zum Nutzen von Großgrundbesitzern, die faktisch freie Hand zur Vernichtung von Regenwaldflächen für die Produktion von Soja und Rindfleisch für den Export bekommen.

ANFORDERUNGEN AN DIE WIRTSCHAFTSPOLITIK LATEINAMERIKAS – UND AN DIE INTERNATIONALE STAATENGEMEINSCHAFT

Wie kann Lateinamerika aus dieser Malaise herauskommen? Die Region ist massiv vom globalen Kontext der konjunkturellen Abkühlung und der großen Handelskonflikte betroffen; es gibt wenig Hoffnung, dass es die Nachfrage nach lateinamerikanischen Produkten sein wird, die einen neuen Zyklus einleiten kann. So empfiehlt der IWF in seinem jüngsten Regionalbericht eine Stärkung der heimischen Nachfrage – die ist aber ohne Umverteilung kaum zu haben. Es wird wei-

ter ein sowohl ökonomisch als auch politisch schwieriges Unterfangen für die Länder sein, Wachstum und Umverteilung gleichzeitig zu erreichen.

Die globale Staatengemeinschaft, ebenso wie die Europäische Union, können hier jedoch unterstützen. Die Länder mit hohem Stimmrecht im IWF können ihre Macht einsetzen, wenn schon nicht über formale Abstimmungen, dann zumindest über öffentliche Debatten, möglicherweise politisch motivierte Großkredite zu verhindern, die Ländern wie jetzt Argentinien mehr Schaden als Nutzen gebracht haben. Auch können sie Kreditaufgaben fordern, die dem eigenen Anspruch des IWF an die Berücksichtigung von Verteilungswirkungen tatsächlich gerecht werden, wie der Fonds selbst dies in seinen Forschungsarbeiten sehr laut und klar formuliert.

Die Europäische Union kann ihre Verhandlungsmacht einsetzen, indem sie die Ratifizierung des neuen Freihandelsvertrags zwischen EU und MERCOSUR an Bedingungen knüpft. Allein die Androhung einiger europäischer Mitgliedstaaten, die Unterschrift unter diesen Vertrag angesichts der zunehmenden Waldbrände in Amazonien und der provozierenden Haltung des brasilianischen Präsidenten in Bezug auf internationale Umweltschutzabkommen zu verweigern, hat die Agrarexporteure des Landes auf den Plan gerufen, die ihren Präsidenten schleunigst dazu brachten, doch ein paar Maßnahmen zur Eindämmung der Brände aufzulegen.

Es liegt also nicht nur an Lateinamerika, die Lage zu bessern. Die Gemeinschaft der Industriestaaten kann einiges dazu beitragen, der ökonomischen Krise und dem Erodieren der demokratischen Institutionen in der Region etwas entgegenzusetzen.

LITERATUR

- Acemoglu, D. und J. Robinson (2012), *Why Nations Fail: The Origins of Power, Prosperity and Poverty*, Crown, Currency, New York.
- Dornbusch, R. und S. Edwards (1990), »Macroeconomic Populism«, *Journal of Development Economics* 32(2), 247–277.
- Fritz, B. und L. Lavinás (Hrsg.) (2015), *A Moment of Equality for Latin America? Challenges and Limits for Redistributive Policies*, Ashgate, Burlington.
- IMF (2019), *IMF Regional Economic Outlook, Western Hemisphere: Outlook for Latin America and the Caribbean: Stunted by Uncertainty*
- Prates, D., B. P. Fritz und F. de Luiz (2020), »Varieties of Developmentalism: A critical assessment of the Brazilian PT governments«, *Latin American Perspectives* 47(1), im Erscheinen.
- Rapetti, M. (2018), »Los desafíos macroeconómicos tras el acuerdo con el FMI«, *Documentos de Políticas Públicas* 208, CIPPEC, Buenos Aires.
- Rogoff, K. (2019), »Does the IMF need to refocus its role after the Argentinean crisis?«, *The Guardian*, 3. Oktober, verfügbar unter: <https://www.theguardian.com/business/2019/oct/03/does-the-imf-need-to-refocus-its-role-after-the-argentina-crisis>.
- Therborn, G. (2015), »Moments of Equality: Today's Latin America in a Global Historical Context«, in: B. Fritz und L. Lavinás (Hrsg.), *A Moment of Equality for Latin America? Challenges and Limits for Redistributive Policies*, Ashgate, Burlington, 13–30.

Ingrid Wehr*

Der Fluch des Rohstoffreichtums: Crony Capitalism, Rentenökonomien und die Grenzen der liberalen Demokratie in Lateinamerika

Der Machtkampf zwischen Nicolás Maduro und Juan Guaidó hat sich zur Dauerkrise in Venezuela entwickelt, Proteste in Ecuador, Kolumbien und im angeblichen demokratischen Musterland Chile, der Sturz von Evo Morales nach fast 14 Regierungsjahren in Bolivien. In Ecuador haben die Unruhen die linke Regierung gezwungen, die Subventionen für Benzin beizubehalten. In Bolivien ging es um Machterhalt und Wahlbetrug. Die Bevölkerung in Kolumbien rebelliert derzeit gegen die geplanten Arbeitsmarkt- und Rentenreformen der konservativen Regierung Duque und gegen die zunehmende Welle von Gewalt, insbesondere gegen Umwelt- und soziale und Aktivist*innen und die indigene Bevölkerung. Lateinamerika ist in die Schlagzeilen der deutschen und internationalen Medien zurückgekehrt, als Problemfall. Die Gründe für die Aufstände sind vielfältig, und die Proteste richten sich gleichermaßen gegen progressive wie konservative Regierungen. Gibt es trotz der Unterschiede auch Gemeinsamkeiten, die die gegenwärtigen Massenaufstände erklären?

DIE HARTNÄCKIGE PERSISTENZ SOZIALER UNGLEICHHEIT UND DIE PREKARITÄT DER LEBENSVERHÄLTNISSE DER MITTELSCHICHTEN

Abgesehen vom südlichen Afrika ist Lateinamerika zu Beginn des 21. Jahrhunderts die Region mit den weltweit höchsten Ungleichheitsraten. Ein Vergleich mit Ländern ähnlichen Entwicklungsniveaus (gemessen am BIP/pro Kopf) zeigt, dass selbst die lateinamerikanischen Länder mit den geringsten Einkommensspreizungen – wie etwa Costa Rica und Uruguay, die relativ solide sozialstaatliche Traditionen besitzen – wesentlich höhere Gini-Koeffizienten aufweisen als die europäischen oder ostasiatischen Länder mit der höchsten Ungleichheit bei der Einkommensverteilung. Die strukturelle soziale Ungleichheit manifestiert sich jedoch nicht ausschließlich in extremen Einkommens- und Vermögensdisparitäten, sondern auch in einer Reihe von Verteilungs- und Zugangsasymmetrien, so etwa bei Landbesitz und zentralen öffentlichen Gütern wie Bildung, Gesundheit und Altersrenten. Angesichts der großen Varianz zwischen den einzelnen Ländern der Region und in verschiedenen historischen Phasen ist Vorsicht vor Pauschalurteilen angesagt. Ein Blick auf längere Zeitreihen zeigt, dass

* Dr. Ingrid Wehr ist Büroleiterin Regionalbüro Cono Sur, Heinrich-Böll-Stiftung, Santiago de Chile.



Ingrid Wehr